

## **Initiativantrag**

### **der unterzeichneten Abgeordneten betreffend einer adäquaten Lösung für Hepatitis-C-Opfer durch Plasmaspenden**

**Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass eine adäquate Lösung für Hepatitis-C-Opfer, welche sich durch Plasmaspenden infiziert haben, gefunden wird. Eine Möglichkeit wäre, dass im Falle der Kürzung oder Entziehung der Versehrtenrente eine gleichwertige Ersatzleistung durch den Bund zur Verfügung gestellt wird, um den Betroffenen trotz ihrer verminderten Erwerbsfähigkeit ein Leben in Würde zu ermöglichen.

### **Begründung**

Ende der 1970er und 1980er Jahre kam es zu einem Plasmaspendenskandal in einem Labor der Pharmafirma Seroplas: Hunderte Menschen in Österreich, die Blutplasma spendeten, infizierten sich aufgrund mangelnder Hygiene mit dem Hepatitis-C-Virus. Wer sich mit dem Virus infizierte, musste sich oft einer wochenlangen Spritzen-Therapie und Medikamenten mit starken Nebenwirkungen aussetzen, um eine Chance auf Heilung zu haben. Die Folge waren Leberzirrhose oder Leberkrebs und oft auch eine Minderung der Erwerbsfähigkeit.

Die AUVA gewährte den Betroffenen schlussendlich bei chronischer Hepatitis eine Versehrtenrente, sofern der Nachweis erbracht werden konnte, dass die Infektion auf eine Plasmaspende zurückzuführen ist.

Mittlerweile gibt es Medikamente und Therapien ohne faktische Nebenwirkungen mit einer Heilungschance zwischen 95 und 100 Prozent innerhalb weniger Wochen. Mediziner gehen sogar davon aus, dass in naher Zukunft die Krankheit vollständig eliminiert werden kann. Auch die durchschnittliche Minderung der Erwerbsfähigkeit von Hepatitis-C-Opfern sank zwischen 2014 und 2016 bereits von 34 auf 29 Prozent und sollte sich noch weiter verringern. Aufgrund dieser Entwicklungen prüft die AUVA nun die Kürzung bzw. Streichung der Versehrtenrente von Hepatitis-C-Infizierten.

Bereits fortgeschrittene Schädigungen der Leber und die damit verbundene Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit von jenen Personen, die sich in den 70er und 80er Jahren infiziert haben, kann man aber trotz besserer Medikation und Therapien nicht vollständig wiederherstellen. Insbesondere aufgrund der Altersstruktur dieser Gruppe von Betroffenen – die meisten sind mittlerweile zwischen 65 und 70 Jahre alt – braucht es eine spezielle Lösung.

Die unterzeichneten Abgeordneten ersuchen daher die Bundesregierung, eine faire und sachgerechte Lösung zu prüfen, um den betroffenen Hepatitis-C-Opfern mit verminderter Erwerbsfähigkeit ein würdiges Leben mit angemessener finanzieller Absicherung zu ermöglichen.

Linz, am 12. Oktober 2020

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Binder, Makor, Bauer, Promberger, Lindner, Krenn, Müllner, Peutlberger-Naderer, Weichsler-Hauer, Schaller**

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Csar, Dörfel**

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Mahr**

(Anm.: Fraktion der Grünen)

**Schwarz, Hirz**